

# Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

## Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

### ERSTER TEIL: Markt und Konsum

#### D. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE KREISLAUFSTÖRUNGEN UND STÖRUNGEN DES ZINSMECHANISMUS

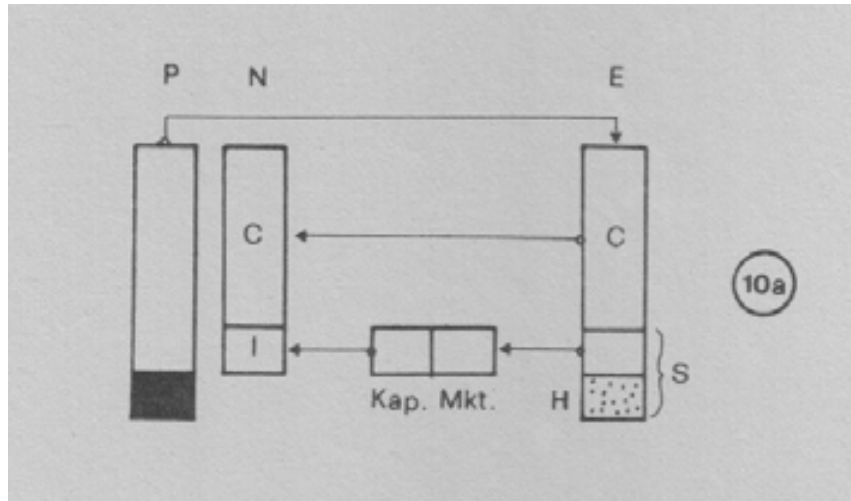
Kommen wir deshalb zurück auf unser erstes grundlegendes Ergebnis im Zusammenhang mit der Erörterung der Marktmechanismen: wir hatten herausgearbeitet, daß der Zinsmechanismus für einen Ausgleich zwischen volkswirtschaftlichem Sparen und Investieren führt und auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in größenmäßige Übereinstimmung mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot bringt. Dem zugrunde lag die Annahme, daß sich sowohl die Sparentscheidungen der Einkommensbezieher als auch die Investitionsentscheidungen der Unternehmen an der Höhe des Zinssatzes orientieren. Sehen wir uns diese Annahme noch einmal etwas genauer an: Ist es wirklich so, daß z.B. bei den Haushalten die Höhe des gesparten Einkommensteils vom Zins beeinflußt wird? Daß - je höher der Zins ist - umso mehr gespart wird und umgekehrt? Ist es nicht vielmehr so, daß die gesparten Beträge mehr als Rest übrig bleiben, nachdem über die Konsumausgaben entschieden wurde? Oder daß man auf einen bestimmten Zweck hin spart (z.B. eine größere Anschaffung, Vorsorge für das Alter usw.), wobei die Erhöhung des Zinses auf die gesparten Beträge kaum einen Einfluß hat? Und kann es nicht auch sein, daß selbst die gesparten Gelder gar nicht alle dem Kapitalmarkt zufließen und auf Sparkonten oder in Wertpapieren angelegt werden, sondern zu Hause oder in den Kassen der Unternehmen aufbewahrt („gehörtet“) werden? In allen diesen Fällen würde von der Seite des Sparens her die Wirkungsweise des Zinsmechanismus durchbrochen.

#### I. Gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall durch Horten

Gehen wir z.B. auf den letzten Gedanken ein, der in Abb.10 veranschaulicht wird. Wenn von den gesparten Geldern nur ein Teil auf dem Kapitalmarkt angelegt wird und von dort aus als Investitionskredit an die Unternehmen fließt, während ein anderer Teil gehörtet wird (H), so entsteht gesamtwirtschaftlich eine Nachfrangelücke und ein entsprechender Angebotsüberhang. In Höhe der gehörteten Beträge werden die Gelder, die als Einkommen entstanden sind, dem Wirtschaftskreislauf entzogen und werden auf diese Weise nicht nachfragewirksam.

Hinter dem Zurückhalten von Geldern können sich ja die unterschiedlichsten Motive verbergen, angefangen beim Sparstrumpf bis hin zu spekulativen Überlegungen, die Gelder möglichst flüssig zu halten, um jederzeit in spekulative Geschäfte einsteigen zu können (Währungsspekulationen), deren Erträge höher sein mögen als das Anlegen am Kapitalmarkt.

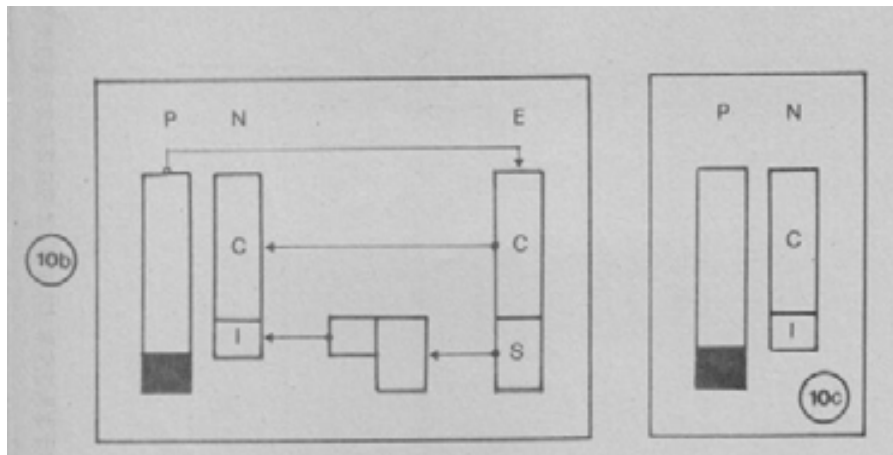
Was auch immer im einzelnen an Motiven dahinter stecken mag, in jedem Fall ist nicht auszuschließen, daß Teile der gesparten Einkommen nicht (auch nicht indirekt) in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Von daher besteht - entgegen unseren bisherigen Überlegungen - durchaus die Möglichkeit, daß es auch längerfristig zu einem Abweichen zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage kommt, konkret: zu einem gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel bzw. Angebotsüberhang.



## II. Gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall durch Investitionslücke

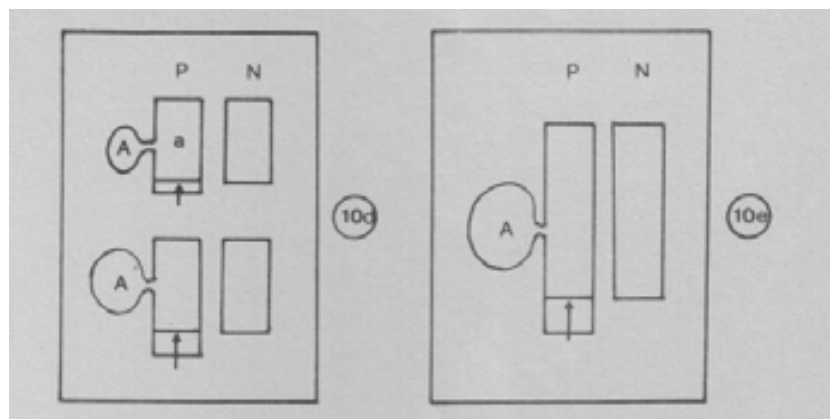
Was wir hier von der Seite des Sparens aufgerollt haben, läßt sich ähnlich von der Seite der Investitionen her untersuchen. Der Zinssatz mag noch so niedrig sein, insbesondere in Zeiten der Krise mit Absatzschwierigkeiten und schlechten Gewinnerwartungen werden die Unternehmen kaum Investitionen vornehmen. Was nützen schließlich niedrige Kreditkosten, wenn die erwarteten Erlöse insgesamt gering sind bzw. wenn andere Kostenbestandteile stärker ins Gewicht fallen? In bestimmten Zeiten mag zwar der Zinssatz den letzten Ausschlag dafür geben, ob eine Investition vorgenommen wird oder nicht. Es sind aber auch Zeiten denkbar, wo die Höhe des Zinssatzes für die Investitionsentscheidung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wenn wir diesen Sachverhalt in unseren Überlegungen berücksichtigen, kann es durchaus Situationen geben, in denen das vorhandene Kreditangebot durch die Kreditnachfrage für Investitionszwecke nicht annähernd ausgeschöpft wird („Investitionslücke“) und in denen eine Zinssenkung der Banken weder die Investitionsnachfrage ausreichend anhebt noch das Sparen der Einkommensbezieher ausreichend vermindert.

Sowohl auf der Seite des Sparens als auch auf der Seite des Investierens können also Faktoren wirksam werden, die das Zustandekommen eines Ausgleichs zwischen Sparen und Investieren über den Zinsmechanismus verhindern. Die Folge wäre ein „makroökonomisches Ungleichgewicht“ zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage. In unserem Fall werde die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage (Konsumnachfrage **C** + Investitionsnachfrage **I**) geringer als die gesamtwirtschaftliche Produktion (**P**).



### III. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfragemangels

Was wäre die Folge eines solchen gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels? Ohne auf die Situation in einzelnen Sektoren einzugehen, können wir sagen, daß es unter diesen Bedingungen in irgendwelchen Bereichen der Wirtschaft zu Absatzkrisen kommen muß. In welchen Bereichen diese Krisen stärker und in welchen sie schwächer hervortreten, hängt selbstverständlich von der Verteilung der Gesamtnachfrage auf die einzelnen Sektoren, d.h. von der Struktur der Gesamtnachfrage im Verhältnis zur Struktur des Angebots ab. Aber der Preismechanismus, der die Funktion der Beseitigung struktureller Ungleichgewichte haben soll, mag noch so gut funktionieren, er kann an einem Sachverhalt nicht vorbei: daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht ausreicht, um das gesamtwirtschaftliche Angebot zu den geplanten Preisen zu kaufen.



Anders als im früher betrachteten Fall, wo wir von einem strukturellen Ungleichgewicht bei gleichzeitigem makroökonomischem Gleichgewicht ausgegangen waren, steht diesmal einem Nachfragemangel in einem Sektor a nicht automatisch ein entsprechender Nachfrageüberhang in einem anderem Sektor b gegenüber. Vielmehr sind von dem gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel mehr oder weniger alle Sektoren betroffen (Abb. 10d). Die in Sektor a freigesetzten Arbeitskräfte finden deshalb - anders als in Abb. 9f - keine Beschäftigung im Sektor b. Vielmehr finden auch in Sektor b Entlassungen statt, so daß die Freisetzung von Arbeitskräften nicht mehr nur ein strukturelles Problem ist, sondern nunmehr ein gesamtwirtschaftliches. Hinter dem (globalen) Problem kann sich natürlich zusätzlich noch

ein strukturelles Beschäftigungsproblem verbergen, was sich darin äußern würde, daß einzelne Sektoren überdurchschnittlich stark von der Krise betroffen sind. Auf die strukturellen Probleme wollen wir aber an dieser Stelle nicht eingehen. Beschränken wir uns vielmehr auf die globale Betrachtung der Auswirkungen eines gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels (Abb. 10e).

Die als Folge des Absatzrückgangs und der Produktionseinschränkung entlassenen Arbeitskräfte verlieren auf diese Weise die Grundlage ihrer Einkommen, was sich gesamtwirtschaftlich in einem Rückgang der Einkommen niederschlägt. Weniger Einkommen ermöglichen weniger Nachfrage, so daß in der zweiten Runde zusätzliche Absatzschwierigkeiten entstehen mit der Folge zusätzlicher Entlassungen usw. Die Gesamtwirtschaft gerät auf diese Weise in eine immer stärker werdende Krise. Auf der einen Seite bleiben vorhandene Produktionskapazitäten brach liegen, auf der anderen Seite gibt es eine Masse von Arbeitslosen, die kein Geld haben, um sich die benötigten Waren zu kaufen. Produktionsmöglichkeiten sind gesamtwirtschaftlich zwar vorhanden, aber sie werden nicht genutzt, und dies nicht etwa in einer Situation des Überflusses, sondern - mindestens für die Masse der Arbeitslosen - in einer Situation des Mangels.

Die Krise und der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen wird auch einhergehen mit einer wachsenden Welle von Firmenzusammenbrüchen, wobei technisch noch funktionsfähige Produktionsanlagen vielfach einfach verschrottet oder zu Schleuderpreisen verkauft werden. Jede Wirtschaftskrise bringt insofern nicht nur die Vernichtung ökonomischer Existenzgrundlagen für viele Lohnabhängige und Selbständige mit sich, sondern auch die Vernichtung von den in den Produktionsanlagen und Warenlagern steckenden Werten. Darüber hinaus bleiben volkswirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten, die in der Arbeitskraft der Arbeitslosen sowie in den brachliegenden Produktionskapazitäten stecken, über längere Zeit ungenutzt. So gesehen ist die Wirtschaftskrise eine volkswirtschaftliche Verschwendung von Ressourcen in großem Maßstab. Angesichts dieser Verschwendung und auch angesichts des mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Elends kann von einer „optimalen Allokation der Ressourcen“ kaum mehr die Rede sein.

#### **IV. Krisenproblematik und ökonomische Theorie**

##### **1. Vernachlässigung des Krisenproblems bei A. Smith**

Es muß allerdings gesagt werden, daß die ersten Wirtschaftskrisen erst auftraten, lange nachdem A. Smith seine Gedanken veröffentlicht hatte.

(Die erste größere Wirtschaftskrise trat in England 1825 auf.) Von daher mag verständlich sein, daß Smith selbst die Krise nicht als Problem gesehen hat. Solange die Wirtschaftsentwicklung ständig aufwärts ging, war auch kaum vorstellbar, daß die Unternehmen Investitionskredite zu niedrigen Zinsen nicht aufnehmen würden, und ebensowenig war daran zu denken, daß Spargelder, wenn sie einen genügend hohen Zins erbringen, aus irgendwelchen spekulativen Gründen zurückgehalten wurden. Das Spekulationsgeschäft blüht ja erst in dem Maße auf, wie es sich um ein Auf und Ab wirtschaftlicher Größen handelt (z.B. Währungsschwankungen, Schwankungen der Aktienkurse usw.). Solange es aber konjunkturelle Schwankungen und Krisen nicht gab, war das spekulative Horten von Geldern kein reales Problem, und es ist A. Smith nachträglich kaum anzulasten, daß er seinerzeit diese Möglichkeit des Nachfrageausfalls nicht mit in seine Theorie einbezogen hat.

## 2. Die Krisentheorie

Was aber bemerkenswert ist, ist die Tatsache, daß an der klassisch-liberalen Theorie von Smith und an der darin enthaltenen Vorstellung von einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft in Kreisen der herrschenden ökonomischen Wissenschaft auch dann noch festgehalten wurde, als die realen ökonomischen Verhältnisse sich längst gründlich verändert hatten. Die stürmische Industrialisierung in England z.B. hatte nicht nur unglaubliches soziales Elend für die Masse der Lohnabhängigen hervorgebracht, sondern ging auch zunehmend einher mit konjunkturellen Schwankungen, d.h. mit einem Wechsel zwischen Wirtschaftsaufschwung und Wirtschaftskrise.

Zwar hatte Karl Marx - insbesondere in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ schon 1870 eine Theorie entwickelt, die unter anderen eine Erklärung für den Wechsel zwischen Wirtschaftskrise und -aufschwung enthielt und die die ständig wiederkehrenden -und sich verschärfenden Krisen als notwendige Begleiterscheinung eines kapitalistischen Systems ableitete. Aber diese Theorie wurde von der herrschenden Wissenschaft entweder überhaupt nicht aufgenommen, oder aber man gab sie in entstellter Form wieder, um sie auf dieser Grundlage zu „widerlegen“. Eine wirkliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Marx'schen Theorie hat von Seiten der herrschenden Wissenschaft nie wirklich stattgefunden.

Wir können die Marx'sche Krisentheorie an dieser Stelle nicht wiedergeben, weil das Verständnis dieser Theorie eine umfangreiche theoretische Vorarbeit erfordert. (Vgl. hierzu im einzelnen B. Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, eine didaktisch orientierte Einführung in die marxistische politische Ökonomie, Berlin 1978) Wir wollen nur darauf hinweisen, daß längst vor Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise 1929 eine Theorie über die sich verschärfende Krise des Kapitalismus existierte, die allerdings von der herrschenden ökonomischen Theorie ebenso wie vom „öffentlichen Bewusstsein“ vollständig ignoriert wurde.

Bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts war die herrschende Auffassung über die Marktwirtschaft geprägt durch die klassisch-liberalen Vorstellungen einer Harmonie zwischen Einzel- und Gesamtinteresse und einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft. Daß es ein ständiges Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklung in Form von Konjunkturschwankungen gab, konnte selbstverständlich auch die herrschende Wissenschaft nicht leugnen, weil diese Erscheinungen für jeden offensichtlich waren. Es gab mittlerweile auch eine Fülle von Konjunkturtheorien (bis hin zu solchen, die die Ursache für Konjunkturschwankungen in natürlichen Vorgängen sahen, z.B. in regelmäßig wiederkehrenden Sonnenflecken, in denen die Ursache für klimatische Schwankungen und daraus folgend Ernteschwankungen gesehen wurde).

Keine dieser Theorien brachte allerdings die Schwankungen in Zusammenhang mit der Struktur des kapitalistischen Systems, insbesondere mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln (wie dies bei Marx der Fall war), und keine dieser Theorien kamen - wie Marx - zu dem Ergebnis, daß sich die Krisen immer weiter verschärfen müßten. Vielmehr ging man davon aus, daß auf jeden Abschwung automatisch selbstregulierend der nächste Aufschwung folgen werde und daß die Krise eine Art Reinigungsfunktion für das ökonomische System habe: die schwächeren und unproduktiveren Unternehmen auszusortieren. Die Krise wurde von daher insgesamt als durchaus positiv eingeschätzt, weil

sie mit dazu beitrage, die Produktivität der Gesamtwirtschaft anzuheben und damit das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand aller zu fördern.

### 3. Der Schock der Weltwirtschaftskrise 1929

Vor dem Hintergrund dieses weitverbreiteten Verständnisses (besser: Unverständnisses) mußte es auch auf den herrschenden Wissenschaftsbetrieb wie ein Schock wirken, als die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre nicht die geringsten Anzeichen eines sich selbstregulierenden Wiederaufschwungs erkennen ließ. Die Krise zog sich in allen Ländern der westlichen Welt über Jahre hin, und die Massenarbeitslosigkeit nahm immer katastrophalere Ausmaße an. Die Analyse von Marx, daß der Kapitalismus immer schärfere Krisen hervorbringe und schließlich in eine ökonomische Katastrophe steuern werde, aus der es keinen anderen Ausweg geben könne als die Überwindung des Kapitalismus und die Abschaffung des Privateigentums zugunsten gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, diese Analyse schien nun eine volle Bestätigung zu erfahren. Das System der Marktwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln war in die größte Katastrophe seiner Geschichte hineingeraten.

### 4. Die "Keynes'sche Revolution" im ökonomischen Denken

Die optimistischen Prognosen des A. Smith bzw. das Festhalten an den klassisch-liberalen Theorien mußten zu dieser Zeit immer mehr als Zynismus erscheinen. Die Vorstellung von einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft war angesichts solcher dramatisch sich zuspitzenden Entwicklungen sowohl in der ökonomischen Wissenschaft als auch im öffentlichen Bewußtsein immer weniger aufrechtzuerhalten. In diese Zeit fiel nun die Entwicklung einer neuen Theorie des Engländers J. M. Keynes, der mit dem Dogma der Selbstregulierung der Marktwirtschaft brach und Gründe für die Möglichkeit herausarbeitete, daß eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft in eine langanhaltende Krise hineingerät. Auch die Keynes'sche Theorie können wir an dieser Stelle nicht ausführlich behandeln. (Siehe hierzu im einzelnen B. Senf / D. Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, Band 1, 4. Teil, Bonn-Bad Godesberg 1971).

Wir haben aber immerhin in unseren Überlegungen zum makroökonomischen Ungleichgewicht schon selbst einige Keynes'sche Gedanken diskutiert: Der Gedanke nämlich, daß es zwischen Sparen und Investieren auch auf längere Sicht zu einem Ungleichgewicht kommen kann und daß der Zinsmechanismus nicht notwendig den Ausgleich zwischen beiden besorgen muß, ist ein wesentliches Element der Keynes'schen Theorie. Auch der Gedanke, daß das Horten spekulative Hintergründe haben kann und daß sich die Investitionen nicht nur am Zins, sondern auch den Gewinnerwartungen orientieren können und der Zins insoweit eine untergeordnete Rolle bei Investitionsentscheidungen spielen kann, sind wesentliche Elemente seiner Theorie. Insofern haben wir vorhin - ohne es zu wissen - selbst schon keynesianisch argumentiert. Für die damalige ökonomische Theorie waren diese Gedanken und die damit verbundene Konsequenz so umwerfend, daß man sogar von der „Keynes'schen Revolution im ökonomischen Denken“ gesprochen hat.

Keynes ist nun nicht nur bei der; Analyse möglicher Hintergründe für die langanhaltende Krise stehen geblieben, sondern hat darüber hinaus Möglichkeiten skizziert, wie mit Hilfe staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, d.h. unter Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Mittel, ein Ausweg aus der Krise gefunden werden könnte. Die Keynes'schen wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben später einen starken Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der westlichen Länder bekommen. Was der wesentliche Inhalt dieser

Vorstellungen von Keynes war, soll aber nicht an dieser Stelle diskutiert werden, sondern erst in einem späteren Kapitel, wenn es um den Zusammenhang und das Verhältnis zwischen „Staat und Wirtschaft“ geht.

Halten wir fürs erste fest, daß sowohl nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise als auch nach den Erkenntnissen der Keynes'schen Theorie im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Möglichkeit zu einer langanhaltenden Krise mit Massenarbeitslosigkeit und unausgenutzten Produktionskapazitäten gegeben ist, wobei Keynes eine solche Krise auf einen Mangel an volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage zurückgeführt hat.

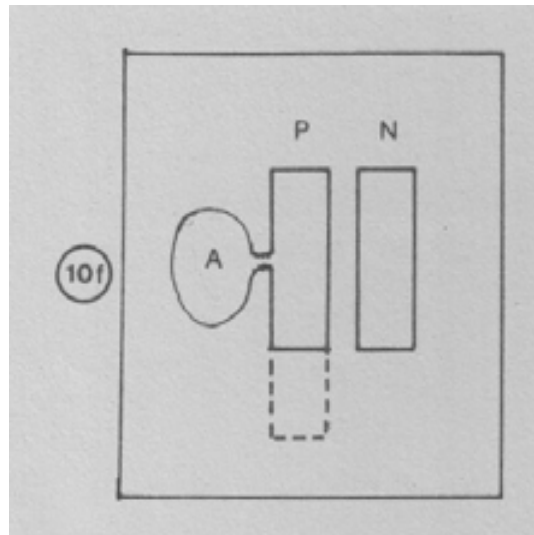


Abb. 10f will diese gesamtwirtschaftliche Situation noch einmal symbolisieren: der gestrichelte Block stellt die unausgelasteten Kapazitäten dar; anders ausgedrückt: bei Vollauslastung der Kapazitäten könnte die Produktion um den entsprechenden Betrag erhöht werden. Aus Abb. 10f wird deutlich, daß auch in einer Situation der Massenarbeitslosigkeit ein makroökonomisches Gleichgewicht zwischen Gesamtproduktion und Gesamtnachfrage existieren kann (ein sogenanntes „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“): denn bei Nichtauslastung der Produktionskapazitäten wird weit weniger produziert, als volkswirtschaftlich möglich wäre, viele Arbeitskräfte bleiben unbeschäftigt und beziehen kein Einkommen, sodaß die insgesamt entstehenden Einkommen viel geringer sind als bei Vollbeschäftigung; und entsprechend ist die aus den niedrigen Einkommen entspringende volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage relativ gering, sodaß von ihr aus auch keine Impulse zu einer Ausweitung der Produktion ausgehen. An diesen Überlegungen wird deutlich, daß der Begriff „makroökonomisches Gleichgewicht“ über einen irgendwie erstrebenswerten Zustand der Volkswirtschaft nichts aussagt. Er bedeutet lediglich, daß aufgrund der Übereinstimmung von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage von der Nachfrageseite keine Impulse für eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung ausgehen. Selbst wenn in Abb. 10f gleichzeitig auch strukturelles Gleichgewicht in den einzelnen Sektoren gegeben wäre, läge dennoch eine Situation der Massenarbeitslosigkeit vor.